

Humanistische Union

Planung als Utopie

Gesellschaftsutopien der 68er und gesellschaftliche Planungseuphorie in den sechziger Jahren,

aus: vorgänge Nr.181, Heft 1/2008, S. 13-22

I. Einleitung[1]

"Die wahre Tragödie der 68er ist der Sieg des Sozialdemokratismus über ihren rebellischen Geist. Organization Man schlägt Soul Man. Planung vernichtet Spontaneität." [2]

Dererlei apodiktische Deutungen werden gerade auch von Veteranen der Protestbewegung gerne kolportiert, die sich längst bürgerlich eingerichtet haben. Doch sind "die 68er" tatsächlich Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre der regierungsoffiziellen Planungskonjunktur zum Opfer gefallen? Oder versiegte die links-liberale Hauptströmung der frühen Protestbewegung bereits im Zuge jener Wendung "von der antiautoritären Bewegung zur sozialistischen Opposition", [3] die sich seit 1967/68 beschleunigt vollzog? Immerhin wurde deren "antikapitalistische(r), antibürokratische(r) und antihierarchische(r)" Impetus [4] zusehends von einer Hinwendung zur sozialistischen Orthodoxie überformt. Die neomarxistischen Gegenwartsanalysen und Zukunftsprojektionen schienen teils durchaus anschlussfähig für jene drei Leitbegriffe der Planungsdekade von 1963 bis 1973 zu sein, welche das gleitende Ende der Nachkriegszeit in Westdeutschland umschließen: Prosperität - Planung - Partizipation.

Die planvolle Sicherung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prosperität wurde von den bundesrepublikanischen Macht- und Funktionseleiten zumal der mittleren und jüngeren Generationen während der 1960er Jahre zusehends als unverzichtbare Voraussetzung sozialer wie politischer Stabilität im beschleunigten Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft begriffen und zugleich visionär auratisiert: "Nicht nur die Prognose," proklamierte Georg Picht 1967, "auch die Planung, die wir brauchen, ist heute eine Utopie". [5]

Deren "etatistische Maßnahmen" interpretierten die Vordenker der Studentenbewegung als ein - wiewohl letzten Endes vergebliches - Unterfangen, in der "Bundesrepublik am Ende des so genannten Wirtschaftswunders" [6] den immer häufiger ins Stocken geratenden Prozess spätkapitalistischer Akkumulation in den jeweils "bedrohten Produktionszweigen" zu perpetuieren. [7] Freilich schien diese Krisenstrategie der antiautoritären Avantgarde in den Universitäten auch die große Chance zu bieten, während der im Frühjahr 1967 angebrochenen "kulturrevolutionären Übergangsperiode" im Bündnis mit der "revolutionäre(n) Wissenschaft [...] als Produktivkraft" [8] und den "gelernten Arbeiter(n)" [9] in der Wirtschaft die "Befreiung des Menschen von den unbegriffenen und unkontrollierten Mächten der Gesellschaft und der Natur" [10] entscheidend voran zu bringen: "Es wächst [...] die steigende Unentbehrlichkeit dieser relativ kleinen Schicht der Produktionsintelligenz, das heißt die Bedeutung der technischen und ökonomischen Intelligenz für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess", brachte Rudi Dutschke die "revolutionäre Dialektik der richtigen Übergänge" [11] im Frühjahr 1968 auf den Punkt: "Eine revolutionäre Strategie für die hochentwickelten kapitalistischen Länder kann von dieser Schicht nicht abstrahieren, müssen sich doch gerade aus ihr jene revolutionären Spezialisten herausbilden, die die zentrale Leitung der Ökonomie und die Entfaltung der Masseninitiative nicht als sich ausschließenden Gegensatz, sondern als dialektische Einheit des sozialistischen Transformationsprozesses praktisch begreifen." [12]

Den charismatischen Studentenführer trieb die Vision, "die Totalität der die Menschen von langer Arbeitszeit, Manipulation und Elend befreienden Produktivkräfte endlich von den Fesseln des Kapitals und

der Bürokratie zu befreien"[13]. Gegenwärtig werde "der technische Fortschritt immer mehr zum entscheidenden Akkumulationsmotor". Zugleich büßten "im Übergang vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus breite bürgerliche Schichten den harmonischen Zusammenhang zwischen dem individuellen Leben und einer sinngebenden übergreifenden Ordnung" ein.[14] Daraus ergebe sich die Chance, im Bündnis mit revolutionierten Angehörigen der technisch-ökonomischen Intelligenz die geschichtliche Mission der Bourgeoisie unter sozialistischen Auspizien zu vollenden: "Der bürgerliche Charakter (schuf) ungeheuren Reichtum, der die historisch einzigartige Chance begründete, ein Leben jenseits materieller Notdurft zu führen, ein Leben einzurichten, in der die Losung sein kann: ‚Alle Menschen sollen essen und wenig arbeiten‘ (Horkheimer)."[15]

Das war mitnichten ein Bekenntnis zur real existierenden Konsumgesellschaft. Mit solchen eschatologischen Wendungen stellte sich Dutschke nahtlos in die Tradition einer "sozialistische(n) Utopie, als deren Eckpfeiler seit gut einhundertfünfzig Jahren soziale Demokratie, das heißt ein möglichst ausgeglichener und auf Gerechtigkeit gegründeter innergesellschaftlicher Friedenszustand" galt. Diese Utopie hatte "seit ihren Ursprüngen, die reiche Gesellschaft zu ihrer Grundlage, nicht die Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der Armut".[16]

In dieser Hinsicht berührten sich die Visionen der Protagonisten einer modernisierten "affluent society" kapitalistischer Provenienz und der neomarxistischen Fortschrittspropheten ebenso wie in dem Glauben an die Möglichkeit einer planmäßigen Steuerung sozioökonomischer Entwicklungsprozesse. Ansonsten standen ihre politischen Aspirationen diametral gegeneinander. Während Dutschke und andere Wortführer der studentischen Linken die Protestbewegung in eine systematische Transformation der privatkapitalistisch geprägten Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse Westdeutschlands überleiten wollten, betrieben sozialdemokratische Planer wie der Sozialphilosoph und zeitweilige Staatssekretär in Düsseldorf Hermann Lübke die anpassende Modernisierung der marktwirtschaftlichen und liberal-demokratischen Strukturen ausdrücklich in antitotalitärer Absicht.[17]

Unter Verweis auf den fundamentalen Gegensatz von "liberaler Marktrationalität" und "totalitärer Planrationalität" verwarf der Soziologe Ralf Dahrendorf beide Positionen als Ausfluss einer illiberalen "Gesinnung der Planrationalität", welche geradewegs in einen bürokratischen "Zirkel der Pläne" führen müsse. Dabei leiste der unverrückbare "Glaube an die Möglichkeit der Gewissheit" in unheilvoller Verbindung mit dem generellen "Misstrauen in die Kraft der dezentralisierten, autonomen Instanzen" einer Ideologie gesellschaftspolitischer Allzuständigkeit Vorschub, deren Planfixiertheit unvereinbar sei mit der "Verfassung der Freiheit".[18]

Eine gewisse Nähe dieser radikalliberalen Planungsskepsis zu anti-autoritären Planungskritikern ist unverkennbar. Den Zeitgeist der späten 1960er trafen beide nicht. So näherte sich Dahrendorfs Mitstreiter auf dem Feld der Bildungsreform, Georg Picht, dem prekären Verhältnis von Planung und Demokratie aus liberalkonservativer Perspektive deutlich aufgeschlossener. Einerseits hielt der Heidelberger Religionsphilosoph ausdrückliche Distanz zu der "heute modisch gewordene(n) Diskussion über Planung", erinnerte auch daran, dass erfahrungsgemäß "die größten Planungserfolge der wissenschaftlich-technischen Welt aus irrationalen Impulsen und aus weitgehend irrationalen Prozessen" hervorzugehen pflegten: "Krieg und Terror neben dem Gewinnstreben". Andererseits bezweifelte Picht keineswegs die existentielle Notwendigkeit steuernder Eingriffe in die Entwicklung der "technischen Welt": "nicht was geplant werden soll, ist das größte Problem, das größte Problem ist, wie geplant werden soll". Das eigentliche Dilemma der Gegenwart erblickte Picht darin, dass "zwischen den heutigen Möglichkeiten der Planung und den unaufschiebbaren Aufgaben der Planung ein riesiger Abstand" klaffe. In dessen Angesicht formulierte Picht den emphatischen Appell, "heute noch" damit zu beginnen, aus dem Dreischritt: "wissenschaftliche Prognose" - "wissenschaftliche Utopie" - "wissenschaftliche Planung" heraus konkrete "Direktiven des Handelns" zu entwerfen.[19] Allerdings müsse dieses Handlungsgebot "streng pragmatisch interpretiert" werden, um nicht einem "Herrschaftsmonopol von partikulären Interessengruppen" oder gar einem "Monopol der Wissenschaftler und der technischen Spezialisten" Vorschub zu leisten. Inspiriert durch die "Utopie der Erhaltung von Vernunft und Freiheit" habe "rationale" Planung im "Kontext sozialer Praxis"

jederzeit die gesellschaftlichen "Voraussetzungen für ihre Realisierung" mitzudenken.

Während Dahrendorf seinen Freiheitsbegriff in klassisch liberaler Manier vom Individuum her definierte und der wirtschaftsliberale Bundeskanzler Ludwig Erhard den Planungsbefürwortern sein kryptisches Integrationskonzept einer "Formierten Gesellschaft" entgegenhielt, stellte sich Picht konsequent auf den Boden der gruppenpluralistischen Wirklichkeit. Aus dieser Perspektive stand das unabweisbare Erfordernis "rasche(r) und effektive(r) Planung" keineswegs im grundsätzlichen Widerspruch zu jenen Forderungen nach Teilhabe und Veränderung, die sich seit dem Abtritt Adenauers immer hörbarer artikulierten. Für Picht gehörte "die Integration der Gruppeninteressen (deshalb) notwendig zum Prozess der Planung selbst".[20] Sein Planungsbegriff nahm die Partizipationsbedürfnisse im demokratisch-pluralistischen Parteien- und Verbändestaat nicht bloß als (retardierende) Randbedingung widerwillig zur Kenntnis, er maß ihnen den Stellenwert funktionaler Unverzichtbarkeit zu.

Der sozialdemokratische Planer Klaus von Dohnanyi hatte diese Erkenntnis bereits 1964 in einen Appell gekleidet: "Vorausschauende politische Arbeit ist in einer parlamentarischen Demokratie davon abhängig, dass Wähler und Interessengruppen für die Notwendigkeit langfristiger Überlegungen und Investitionen Verständnis haben. [...] Aus diesem Grunde darf das Gespräch über Notwendigkeit und Grenzen planender politischer Arbeit nicht auf die Planungsexperten der Parteien, Parlamente und der Bürokratie beschränkt bleiben. [...] Nur wenn die Notwendigkeit der Planung politisch verständlich und überzeugend begründet werden kann, werden wir ausreichende Kräfte für langfristige Ziele einsetzen können. Der Wähler bleibt der unerlässliche Verbündete."[21]

II. Diskursive Enttabuisierungen der Planung in den 1960er Jahren

Diese Debatten brachen ziemlich unvermittelt über die bundesdeutsche Szenerie herein. Um 1960 waren gesamtwirtschaftliche und gesellschaftspolitische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland ein Tabuthema. Noch Mitte des Jahrzehnts erblickte der Marburger Politikwissenschaftler Kurt Lenk im "Weiterwirken der traditionellen Planungsphobie einen cultural lag" - mit Blick sowohl auf die "sozialstrukturelle Basis" in der Bundesrepublik als auch auf den internationalen Diskussionsstand.[22] Ganz in diesem Sinne hatte Robert Jungk kurz zuvor das offenkundige Modernitätsdefizit des heimischen Planungsdiskurses gegenüber anderen westlichen Industrieländern beklagt: "Im deutschen Sprachgebiet - und das kennzeichnet seinen historischen Rückstand - ist diese Etappe der Auseinandersetzung mit der Planung noch keineswegs erreicht. Erst jetzt beginnt sich auch bei uns die Erkenntnis durchzusetzen, dass der prinzipielle Streit um die Planung, wie er zwischen Marxisten und Liberalen ausgefochten wurde - und unter zum Teil neuen Etiketten noch immer ausgefochten wird -, in Wahrheit von zweitrangiger Bedeutung ist. Denn auch die offiziell noch liberalen Systeme planen längst, weil sie den Schritt von irrationaler Schicksalsgläubigkeit zu rationaler Führung ihrer Geschäfte tun mussten, um in der Industriegesellschaft existieren zu können. Umso dringender sollte auch bei uns die Frage nach der Planungspraxis erhoben werden, die nun nicht länger dem Zufall einer mehr oder weniger begabten Improvisation überlassen werden darf."[23]

Zu dieser Zeit bahnte sich in Westdeutschland eine durchgreifende Enttabuisierung jener Ordnungskategorie an, welche nirgendwo anders konsequenter dem repressiven Instrumentarium totalitärer Einparteiendiktaturen zugerechnet worden war. Zwar nicht hinreichende, aber doch notwendige Bedingung dieses Prozesses zunächst diskursiver, dann zunehmend auch praktischer Durchsetzung des Planungsgedankens war die rasche Deeskalation des Kalten Krieges nach der Doppelkrise von 1961/62.

Überdies baute die neue US-Administration seit 1961 mancherlei Planungselemente in ihre Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ein, während in der Sowjetunion und in den anderen Zentralverwaltungswirtschaften die starren Planvorgaben gelockert zu werden schienen.[24] Als

sozialtechnische Handlungskategorie ihrer denunziatorischen Konnotationen entkleidet, avancierte die "Planung" auch im westlichen Frontstaat des Kalten Krieges zum Gegenstand systeminterner Diskurse über Chancen und Risiken ihres praktischen Einsatzes. An die Stelle der militärischen Blockkonfrontation setzten optimistische Vordenker von "Modelle(n) für eine neue Welt" nun die Vision eines friedlichen "Wettkampf(s) der Planungen in Ost und West".[25]

Die sozialdemokratische Opposition wagte zunächst nicht, dem Publikum eine planungsstaatliche Reformpolitik als Alternative anzubieten. Stattdessen gab sich die SPD im Zeichen des 1961 eingeschlagenen "Gemeinsamkeitskurses" bevorzugt als "westlich" orientierte, pluralistisch aufgelockerte "Volkspartei der linken Mitte". Vor dem Hintergrund von Vollbeschäftigung und kräftig steigenden Arbeitnehmereinkommen schrieb die Partei 1963 - im Einklang mit den Gewerkschaften - eine marktwirtschaftliche "Wohlstandspolitik, die sich gerechten Wohlstand zum Ziel setzt" auf ihre Fahnen.[26] Solche semantischen Anleihen bei Ludwig Erhard verboten einstweilen jeden Rückgriff auf die eigene Planungsrhetorik früherer Jahre.[27] Trotzdem bahnte sich eine "Entideologisierung des Planungsbegriffs" an.[28] Gleichzeitig drohte er zur Projektionsfläche widerstreitender Bekenntnisse zu den Chancen und Risiken der Moderne zu werden. An Intensität gewannen diese Auseinandersetzungen, als diejenigen, welche den "systematische(n) Entwurf einer rationalen Ordnung auf der Grundlage alles verfügbaren Wissens" als das zeitgemäße "Instrument zum Bau einer besseren und gerechteren Ordnung" schlechthin propagierten, die diskursive Offensive ergriffen.[29]

Dagegen wandten sich zunächst konservative Gesellschaftstheoretiker wie Helmut Schelsky. Schon mit dem Titel seines Traktats über "Planung der Zukunft. Die rationale Utopie und die Ideologie der Rationalität"[30] setzte der weit über sein Fach hinauswirkende Soziologe 1966 einen Kontrapunkt zu Joseph Kaisers Loblied auf die "Systematik als die planvoll geordnete Totalität unseres jeweiligen Wissens, Rationalität und vor allem Wissenschaft".[31] Seit Jahren hatte Schelsky vor technokratischen Eingrenzungen individueller wie politischer Entscheidungsfreiheit gewarnt. Umso vehementer wandte er sich nun dagegen, diese ohnehin übermächtige Tendenz auch noch ideologisch zu überhöhen. Ihre Bekenntnisse zur umfassend-planmäßigen Gestaltung der Zukunft offenbarten einen bedenklichen Mangel an kritischer Reflexion drohender Fehlentwicklungen, hielt Schelsky den Planungsbefürwortern entgegen. Und ihr umfassender Gestaltungsanspruch setze eine spezifische Utopie absolut: den funktionalistischen Konstruktivismus. Damit einher gehe ein Verlust anderer Utopien, aus deren Konkurrenz der gesellschaftliche und kulturelle Fortschritt bislang seine Dynamik gewonnen habe.[32]

Doch die mittlerweile geschrumpfte Schar totalitarismustheoretisch inspirierter Modernisierungsskeptiker kam schon Mitte der 1960er Jahre nicht mehr aus der Defensive des westdeutschen Planungsdiskurses heraus. Die Mehrheit der moderaten Befürworter öffentlicher Interventionen auf wirtschaftlichem Gebiet wie im Bildungsbereich oder auf dem weiten Feld der "Daseinsvorsorge" (Ernst Forsthoff) sahen in staatlichen Planungsaktivitäten je länger desto weniger eine Gefahr für die freiheitliche Verfassungs- und Gesellschaftsordnung, sondern im Gegenteil unverzichtbare Garanten der Prosperität. In der Tat berge eschatologisch inspirierte Gesamtplanung den Keim totalitärer Herrschaft, räumte Hermann Lübke warnend ein. Doch von einer "utopiefrei sich haltende(n) Planung" drohten solche Anfechtungen keineswegs. Denn jene "Zukunftserfahrung, die der pragmatischen Planung" zugrunde liege, speise sich aus "der Erfahrung eines beschleunigt ablaufenden technischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, sozialen Fortschritts". Der aber sei "subjektlos" und "nur im planungstechnischen Ausgang vom technologisch durchrationalisierten Detail ausgreifend beherrscht". Von dieser "evolutionistischen" Disposition führe kein Weg zu einer "geschichtsphilosophisch inspirierte(n) Totalplanung", deren holistischer Gestaltungsanspruch "sich unter den Wirkungen der Sachzwänge, denen die pragmatische Planung gehorcht", alsbald zersetzen müsse.[33]

III. Der westdeutsche Planungsboom seit Ende der 1960er Jahre

Die abrupte Vehemenz dieser Planungsdebatten in liberalkonservativen und sozialliberalen Kreisen lässt vermuten, dass gegen Mitte der 1960er Jahre ein lange aufgestauter Bedarf an diskursiver Überbrückung jener Kluft zwischen wettbewerbswirtschaftlicher Theorie und gemischtwirtschaftlicher Praxis freigesetzt wurde, welche sich seit 1950 immer weiter geöffnet hatte. Denn praktisch lag Westdeutschland zwar im internationalen Vergleich weit zurück - planerisches Niemandsland freilich stellte die Bundesrepublik längst nicht mehr dar. Diese frühen Aktivitäten konzentrierten sich auf den Komplex Forschung, Wissenschaft und Bildung. Anfang der 1960er Jahre drohte ein wachsender Mangel an geeignetem "Humankapital" den Modernisierungsprozess nachhaltig zu verzögern und die internationale Konkurrenzfähigkeit wie die Wachstumschancen der westdeutschen Volkswirtschaft zu verringern.[34] Anstelle des Wiederaufbaukonsenses der 1950er Jahre einte nunmehr die Wohlstands- und Wachstumsorientierung weite Teile der Arbeitnehmerschaft, die drei maßgeblichen Parteien und die jüngeren Kohorten der Funktionseliten.

Im Windschatten der Konflikte über die Reform des Bildungswesens und der Hochschulen wurden seit den frühen 1960er Jahren planerische Fakten vor allem auf einem Feld der Wissenschafts- und Forschungspolitik geschaffen, das erst ein Jahrzehnt später im Zentrum erbitterter Konflikte darüber stand, auf welche Weise und um welchen Preis die westdeutsche Prosperität langfristig gewährleistet werden sollte. Schon im Laufe der 1950er Jahre hatte sich dazu ein internationaler Elitenkonsens herausgebildet, in dessen Zentrum die Gewährleistung einer ubiquitären Versorgung mit elektrischer Energie stand. Binnen weniger Jahre sollten groß angelegte Programme zur zivilen Nutzung der Kernkraft die westlichen Industriegesellschaften in diesem Sinne zukunftsfähig machen. Im Rahmen von EURATOM, aber auch auf nationaler Ebene investierte auch die Bundesrepublik schon frühzeitig in diese atomgestützte Vision immerwährenden Wachstums.[35] Nennenswerter Widerstand gegen den Einstieg in die kerntechnische Entwicklungsplanung regte sich auch in der Studentenbewegung nicht. Zu verlockend erschien der kapitalismuskritischen Linken das Zukunftsszenario einer schier unbegrenzten Entfaltung der Produktivkräfte.[36] Erst als in den frühen 1970er Jahren deutlich wurde, dass die großtechnologische Planungslogik jegliche Korrektur des atomaren Wachstums- und Modernisierungsparadigmas aus der Gesellschaft heraus rundweg zu negieren drohte, schlug die Stimmung in Teilen der Öffentlichkeit um.[37]

Ohne die diskursive Anbahnung des Planungsgedankens und seine sektorale Durchsetzung von Anfang bis Mitte der 1960er Jahre hätte sich der westdeutsche Planungsboom anschließend nicht entfalten können. Der eigentliche Durchbruch erfolgte jedoch auf dem strategischen Feld der Wirtschaftspolitik. Bald schon sollte die neu entdeckte Planung als unentbehrliches Instrument der technokratischen Verstetigung einer Nachkriegsprosperität gelten,[38] die weithin als unverzichtbare, doch nicht mehr selbstverständliche Voraussetzung sozialer wie politischer Stabilität im beschleunigten Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft angesehen wurde: "Der Nomos des Wachstums ist die Planung."[39] Die Überwindung der Rezession von 1966/67 wurde von den meisten Zeitgenossen der Globalsteuerung des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Karl Schiller zugeschrieben.[40] Und so umgab dieses Unwort der Nachkriegszeit fortan ein "Flair des Fortschrittlichen".[41]

Doch der qualitative Sprung von Erhards "Überredungsdirigismus" zu Schillers "Globalsteuerung" war gar nicht so groß. Umso drängender stellte sich gegen Ende der 1960er Jahre das doppelte Problem, die Verpflichtungsfähigkeit öffentlicher Planung zu erhöhen und den grassierenden Planungseifer zu kanalisieren. Was blieb, war in erster Linie der ambitionierte Versuch, durch eine mehrjährige Ressourcenplanung zumindest mittelbaren Einfluss auf die Aktivitäten der einzelnen Ressorts und der verschiedenen Gebietskörperschaften zu erlangen. Deren offenkundige Defizite der übergreifenden Budgetsteuerung machten sich besonders schmerzlich bemerkbar, weil an den sozial(demokratischen) Interventions- und Zukunftssicherungsstaat laufend höhere Ansprüche gestellt wurden. Doch schon im Laufe des Jahres 1970 scheiterte das organisatorische Kernstück des sozialliberalen Reformprojekts, die ressort- und länderübergreifende Aufgabenplanung mit einem reorganisierten Kanzleramt als faktischer Bundesplanungszentrale, an unrealistischen Annahmen über die technisch-administrativen Voraussetzungen und Kapazitäten, an mangelnder Einsicht in die Beharrungskraft der hergebrachten Verwaltungsstrukturen

und -routinen wie an der Geringschätzung sowohl regierungskollegialer als auch föderaler Reservate.[42]

IV. "1968" als Impulsgeber sozialtechnokratischer Reformplanungen?

Könnte zumindest die Vehemenz der sozialliberalen Planungsanstrengungen auch eine Antwort auf die Protestbewegung von 1967/68 gewesen sein? Womöglich haben sich die technokratischen "Diskurskoalitionen" in Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft durch das gesellschaftlich-politische "Unruhe" - Szenario zu Zeiten der Großen Koalition in ihrem Streben nach präventiver Prosperitätssicherung zusätzlich angetrieben gefühlt.[43] Das Beispiel des Frühkoordinationssystems der Bundesregierung deutet in eine ganz andere Richtung. Stand es doch, wie nahezu sämtliche anderen Planungsvorhaben der Jahre 1969/70, ersichtlich in der Kontinuität dessen, was seit 1963/66 an Vorarbeiten geleistet worden war - sowohl inhaltlich, als auch personell. Nicht nur die sozialistische Linke, auch manche ihr nahe stehende Sozialwissenschaftler erblickten gerade darin ein Hauptproblem des sozialliberalen Planungsbooms. Denn einerseits kamen sie nicht umhin, den jüngeren Kohorten der Verwaltungsleute sowohl eine nachhaltig demokratisch-pluralistische Sozialisation als auch große Aufgeschlossenheit gegenüber systemoptimierenden Staatsinterventionen zu bescheinigen. Andererseits wären solche Strategien durch die Handlungsdispositionen gerade auch dieses Personals von vornherein auf "affirmative" Eingriffe begrenzt. Aus "linker" Perspektive musste sich daraus eine neue Konfliktlinie zwischen modernisierungswilligen Administratoren auf der einen und den Protagonisten planmäßiger Veränderungen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf der anderen Seite entwickeln. Die werde entweder in eine neue Welle grundsätzlicher Systemkritik münden oder in "resignativer Anpassung" versinken.[44] Beide Voraussagen traten so nicht ein. Es folgte eine Dekade heftiger Auseinandersetzungen über den planerischen Nachlauf der 1960er Jahre. Doch die Zeit holistischer Entwürfe war vorbei - auch auf Seiten der Kritiker.

Im Übrigen wurde der konflikträchtige Widerspruch von ausgreifender Planungsszenarien und bürgerlichen Partizipationsansprüchen seit den frühen 1970er Jahren immer häufiger nicht mehr innerhalb konventioneller Institutionen demokratischer Repräsentation ausgetragen. Stattdessen erhob eine rasch wachsende Zahl informeller "Bürgerinitiativen" jeweils vor Ort vehementen Einspruch gegen Flurbereinigungen im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung oder groß dimensionierte Bauvorhaben, flächenhafte Stadtsanierungen und andere Manifestationen hochfliegender Fortschritts- und Wachstumsphantasien. Diese dezentrale Protestbewegung zwang das Augenmerk der Planer in Verwaltung und Wissenschaft auf einen Aspekt zivilgesellschaftlicher Demokratisierung, den sie aus ihrer institutionell respektive spezialistisch verengten oder auf gesamtgesellschaftliche Makrostrukturen gerichteten Perspektive bisher noch kaum wahrgenommen hatten: die Widerständigkeiten unmittelbar Betroffener und ihrer aktivistischen Anwälte aus dem versprengten Potential der studentischen Protestbewegung. Je länger desto deutlicher zeigte sich, dass in dem Konflikt dreieck "Planung - Prosperität - Partizipation" einander entfremdete Träger kultureller Codes aufeinander trafen, deren konkrete Utopien ebenso im fundamentalen Widerspruch zueinander standen wie ihre Rationalitätsbegriffe. Während die einen den Planungs- und Implementationsprozess durch die Hereinnahme partizipativer Elemente vor äußeren Hemmungen bewahren wollten, stellten die anderen das Wachstumsparadigma der 1960er Jahre mit dem dazugehörigen Steuerungsinstrumentarium grundsätzlich in Frage.

Weder mit den sozialistischen Gesellschaftsutopien der studentischen Protestbewegung von 1967/68 noch mit der sozialtechnokratischen Planungseuphorie des vorausgegangenen Jahrzehnts hatten diese Initialkonflikte der Neuen Sozialen Bewegungen noch viel zu tun.

[1] Dieser Versuch knüpft an Überlegungen an, die ich in diesen Beiträgen ausführlicher formuliert und belegt habe: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen

60er Jahre; in: Axel Schildt u.a. (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Staaten, 2. Aufl., Hamburg 2003 (zuerst 2000), S. 362-401; Westdeutsche Planungsdiskurse und Planungspraxis der 1960er Jahre im internationalen Kontext, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, Weilerswist 2004, S. 289-325; Die Republik der Runden Tische: Konzertierte Aktionen, Bündnisse und Konsensrunden, in: André Kaiser/Thomas Zittel (Hg.), Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg, Wiesbaden 2004, S. 333-356.

[2] Alan Posener (Kommentarchef der Welt am Sonntag), Die 68er in der Schule, weblog (25.10.05), [URL:http://debatte.welt.de/forward/emailref/8525?go=weblogs/148/apocalypso/8525/die+68er+in+der+schule](http://debatte.welt.de/forward/emailref/8525?go=weblogs/148/apocalypso/8525/die+68er+in+der+schule) (21.03.2008).

[3] Bernd Rabehl, Von der antiautoritären Bewegung zur sozialistischen Opposition, in: Uwe Bergmann u.a., Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek 1968 (u.ö.), S. 151-178.

[4] Hans G. Hockerts, Rahmenbedingungen: Das Profil der Reformära, in: ders. (Bandhg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 5: Bundesrepublik Deutschland 1966-1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, Baden-Baden 2006, S. 1-155, hier S. 151.

[5] Georg Picht, Prognose -Utopie -Planung. Die Situation des Menschen in der Zukunft der technischen Welt, 2. Aufl., Stuttgart 1968 (zuerst 1967), S. 59 f.

[6] Rudi Dutschke, Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, in: Bergmann u.a., Rebellion der Studenten, S. 85-93, hier S. 87.

[7] Rudi Dutschke, Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: Bergmann u.a., Rebellion der Studenten, S. 33-57, hier S. 51 f.

[8] Dutschke, Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, S. 88, 91.

[9] Dutschke, Die Widersprüche des Spätkapitalismus, S. 53.

[10] Dutschke, Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, S. 91.

[11] Ebd., S. 89.

[12] Dutschke, Die Widersprüche des Spätkapitalismus, S. 53.

[13] Dutschke, Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, S. 91.

[14] Dutschke, Die Widersprüche des Spätkapitalismus, S. 51, 55.

[15] Rudi Dutschke, Vom Antisemitismus zum Antikommunismus, in: Bergmann u.a., Rebellion der Studenten, S. 58-85, hier S. 75.

[16] Oskar Negt, Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen 1995, S. 132.

[17] Vgl. dazu Hans-Ulrich Thamer, Sozialismus als Gegenmodell. Theoretische Radikalisierung und Ritualisierung einer Protestbewegung, in: Mathias Frese u.a. (Hgg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit in der Bundesrepublik, 2. Aufl., Paderborn u.a. 2005 (zuerst 2003), S. 741-758, hier S. 741, 756 f.

[18] Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965 (u.ö.), S. 359, 459f.; vgl. ebd., S. 68f., 128, 458, 459f., 463, 479.

[19] Picht, Prognose -Utopie -Planung, S. 48f., 55-58, 61.

[20] Ebd., S. 15.

[21] Klaus von Dohnanyi, Grundlagen des Wählerverständnisses für Planungsaufgaben, in: Robert Jungk/Hans J. Mundt (Hgg.), Der Griff nach der Zukunft. Planen und Freiheit. Neunzehn Beiträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten. (Modelle für eine neue Welt, Bd. 1), München u.a. 1964, S. 497-504, hier S. 497.

[22] Kurt Lenk, Aspekte der gegenwärtigen Planungsdiskussion in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift 7 (1966), S. 364-376, hier S. 374 f.

[23] Robert Jungk, Gesucht: ein neuer Mensch. Skizze zu einem Modell des Planers, in: Robert Jungk/Hans J. Mundt (Hgg.), Der Griff nach der Zukunft. Planen und Freiheit. Neunzehn Beiträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten. (Modelle für eine neue Welt, Bd. 1), München u.a. 1964, S. 505-516, hier S. 505.

[24] Vgl. für vieles Hermann Lübbe, Herrschaft und Planung. Die veränderte Rolle der Zukunft in der Gegenwart, in: Heinrich Rombach (Hg.), Die Frage nach dem Menschen. Aufriss einer philosophischen Anthropologie. Festschrift für Max Müller zum 60. Geburtstag, Freiburg/München 1966, S. 188-211, hier S. 205f.

[25] Robert Jungk/Hans J. Mundt (Hgg.), Wege ins neue Jahrtausend. Wettkampf der Planungen in Ost und West. Achtzehn Beiträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten. (Modelle für eine neue Welt, Bd. 2), München u.a. 1964.

[26] SPD-Bundeskongress, Dezember 1963; zit. nach: Hans-Jörg von Berlepsch, "Sozialistische Sozialpolitik"? Zur sozialpolitischen Konzeption und Strategie der SPD in den Jahren 1949 bis 1966, in: Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 461-482, hier S. 470.

[27] Vgl. Walter Dirks kritischen Appell an die "Sozialisten", das traditionelle "Element der Utopie" nicht vollends preiszugeben und "keine Angst vor dem Wort ‚Plan‘" zu hegen; ders., Die Zukunft als Tabu, in: Robert Jungk/Hans J. Mundt (Hgg.), Deutschland ohne Konzeption? Am Beginn einer neuen Epoche. Zwanzig Beiträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten. (Modelle für eine neue Welt, Bd. 3), München u.a. 1964, S. 35-54, hier S. 52 f.

[28] Helmut Klages, Planungspolitik. Probleme und Perspektiven der umfassenden Zukunftsgestaltung, Stuttgart u.a. 1971, S. 7; vgl. Lenk, Aspekte der gegenwärtigen Planungsdiskussion, S. 364, 376.

[29] Joseph H. Kaiser, Vorwort, in: ders. (Hg.), Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft. (Planung, Bd. 1), Baden-Baden 1965, S. 7-9, hier S. 7 f.

[30] Helmut Schelsky, Planung der Zukunft. Die rationale Utopie und die Ideologie der Rationalität, in: Soziale Welt 17 (1966), S. 155-172.

[31] Kaiser, Recht und Politik, Vorwort, S. 7.

[32] Schelsky, Planung der Zukunft.

[33] Lübbe, Herrschaft und Planung, S. 207, 210f.

[34] Vgl. dazu Ludger Lindlar, Das missverstandene Wirtschaftswunder. Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität, Tübingen 1997, S. 310f.

[35] Vgl. für Vieles Klaus Barthelt/Klaus Montanus, Begeisterter Aufbruch. Die Entwicklung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland bis Mitte der siebziger Jahre, in: Jens Hohensee/Michael Salewski (Hgg.), Energie -Politik -Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945, Stuttgart 1993, S. 89-100.

[36] Vgl. etwa Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Hamburg 1983, S. 102.

[37] Vgl. dazu jetzt auch Albrecht Weisker, Systemwettstreit oder Konvergenz durch Sachzwänge? Die Ausbaupläne der Kernenergie in der Bundesrepublik und der DDR in den 1960er Jahren, in: Haupt/Requate, Aufbruch in die Zukunft, S. 185-206, hier S. 205 f.

[38] Vgl. dazu eingehend Gabriele Metzler, "Geborgenheit im gesicherten Fortschritt". Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit, in: Frese u.a., Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch, S. 777-797; dies., Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn u.a. 2005.

[39] Joseph H. Kaiser, Europäisches Großraumdenken. Die Steigerung geschichtlicher Größen als Rechtsproblem, in: Hans Barion u.a. (Hg.), Epirrhosis. Festgabe für Carl Schmitt, Bd. 2, Berlin 1968, S. 529-548, hier S. 548.

[40] Vgl. dazu jetzt auch Torben Lütjen, Karl Schiller (1911-1994). "Superminister" Willy Brandts, Bonn 2007.

[41] Thomas Ellwein, Politik und Planung, Stuttgart u.a. 1968, S. 7.

[42] Vgl. dazu nun Winfried Süß, "Rationale Politik" durch sozialwissenschaftliche Beratung? Die Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform 1966-1975, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hg.), Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 329-348.

[43] Vgl. etwa Wagner, Sozialwissenschaften und Staat, S. 418; vgl. schon Th. Ellwein Politik und Planung, S. 7; Hermann Lübbe, Der Mythos der "kritischen Generation". Ein Rückblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/88, S. 17-25, hier S. 23.

[44] Peter Grottian, Strukturprobleme staatlicher Planung. Eine empirische Studie zum Planungsbewusstsein der Bonner Ministerialbürokratie und zur staatlichen Planung der Unternehmenskonzentration und des Wettbewerbs (GWB), Hamburg 1974, S. 164f., 256.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/181-vorgaenge/publikation/planung-als-utopie/>

Abgerufen am: 24.04.2024